

nigsten Neuernannten, ist der Erzbischof von Antananarivo (Madagaskar), *Armand Gaetan Razafindratarana*.

Registriert wurde indes auch, daß sich manche Bischöfe, von denen dies durchaus zu erwarten gewesen wäre, nicht auf der Liste der neuen Kardinäle finden: etwa der Erzbischof von San Salvador, *Rivera y Damas*, der Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, der Vorsitzende der Brasilianischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Luciano Pedro Mendes de Almeida* (vgl. The Tablet, 5.11.94), oder der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*. Wenn letzterer denn tatsächlich unter den Anwärtern gewesen sein sollte, dürfte dem die Auseinandersetzung um die Pastoral an wiederverheirateten Geschiedenen für dieses Mal einen Riegel vorgeschoben haben. Die französische Tageszeitung „Le Monde“ (1.11.94) kommentierte das Fehlen brasilianischer und deutscher Bischöfe mit der Bemerkung, es sehe so aus, „als ob diese Ortskirchen sich etwas zuschulden kommen ließen“.

nt

Entschärft

Wende im Streit um die Militärseelsorge

Der kräftezehrende Streit innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland um die künftige Gestaltung der Militärseelsorge ist zunächst einmal entschärft. Zu Beginn der diesjährigen Tagung der EKD-Synode (vgl. ds. Heft, S. 643) sah es fast danach aus, als werde die teilweise mit harten Bandagen geführte Auseinandersetzung um den Status der evangelischen Militärpfarrer, hinter der sich tiefere Meinungsverschiedenheiten im Blick auf das Verhältnis von Kirche und Staat verbergen, in einem Scherbenhaufen enden: Keines der beiden vom dafür geschaffenen Ausschuß 1993 vorgelegten Modelle erwies sich nach den Voten der EKD-Gliedkirchen als konsensfähig.

Modell A sah vor, den Militärseelsorgevertrag von 1957 nicht zu verändern, den Beamtenstatus der Militärpfarrer beizubehalten und nur beim Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr eine organisatorische Neugliederung vorzunehmen. Für dieses Modell votierten die meisten westdeutschen EKD-Gliedkirchen, unter anderem die mitgliederstarken lutherischen Kirchen Hannover und Bayern. Für Modell B, das eine Aufhebung des bisherigen Beamtenstatus der Militärpfarrer und damit eine teilweise Änderung des Vertrags von 1957 vorsah, sprachen sich alle ostdeutschen sowie auch einige westdeutsche EKD-Gliedkirchen aus (darunter die großen Kirchen Rheinland und Westfalen).

Der Rat der EKD entschied sich (offenbar mit knapper Mehrheit) Mitte Juli für das Modell B und empfahl der Synode, ihm ein entsprechendes Verhandlungsmandat zu geben. Die Aussprache in Halle machte allerdings schnell deutlich, daß eine Einigung auf dieser Basis nicht möglich war, vielmehr eine einvernehmliche Lösung nur gefunden werden konnte, wenn man sich von der Alternative A oder B wegbewegte. Als mehrheitsfähig erwies sich ein vom Münchner Theologen *Trutz Rendtorff* eingebrachter und in der Debatte mehrfach zustimmend bzw. mit leichten Modifizierungen aufgegriffener Vorschlag, der dann auch die Grundlage für den ohne Gegenstimmen am Ende der Synodaltagung verabschiedeten Beschluß bildete.

Das Ei des Kolumbus für die künftige evangelische Militärseelsorge sieht demnach folgendermaßen aus: Es sollen vom Rat Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, künftig auch den Einsatz von *nichtbeamteten*, in einem unmittelbaren kirchlichen Dienstverhältnis verbleibenden Militärpfarrern vertraglich zu ermöglichen. Also keine Änderung des Militärseelsorgevertrags für die gesamte EKD, sondern Vertragsergänzungen (möglicherweise aufgrund von Art. 27 des Militärseelsorgevertrags, der eine Verständigung über Sonderregelungen im Rahmen der „Freundschaftsklausel“ vorsieht),

die den einzelnen Gliedkirchen (im Osten wie im Westen) Spielraum lassen. Angestrebt wird eine einheitliche Praxis und Leitung der Militärseelsorge mit beamtenrechtlich unterschiedlichem Status der Militärpfarrer.

Der Beschluß von Halle ist nur eine Station auf einem Weg, der sich noch einige Jahre hinziehen wird; schließlich müssen die Verhandlungen mit der staatlichen Seite erst geführt werden. Aber das Votum der Synode könnte und sollte dazu beitragen, die Gemüter zu beruhigen: unter den evangelischen Soldaten und den Militärpfarrern, aber auch innerhalb der EKD. Immerhin hat der Streit um die Militärseelsorge in den letzten Jahren sehr viel Zeit und Energie absorbiert, die für bedrängende Grundfragen des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Präsenz in der Gesellschaft dringend gebraucht würden.

Die Militärseelsorge bzw. die Frage ihrer genaueren Ausgestaltung eignet sich nicht als Schauplatz für Stellvertreterkriege. Friedensethische Auseinandersetzungen oder auch noch nicht bewältigte Folgeprobleme der Wiedereingliederung der östlichen EKD-Gliedkirchen sollten dort verhandelt werden, wo sie hingehören.

ru

Versöhnung?

Haiti nach der Rückkehr von Präsident Aristide

Bilder überschwinglicher Freude, Euphorie und unerschütterlicher Hoffnung – die Armen Haitis haben ihrem ersten frei gewählten Präsidenten, *Jean-Bertrand Aristide*, bei seiner Rückkehr aus dreijährigem US-amerikanischem Exil einen eindrücklichen Empfang bereitet. Wieder einmal wurde in Haiti eine neue Chance, ein neuer Anfang, ein „Tag der Befreiung“ gefeiert, so wie schon im Februar 1991, als der Priesterpräsident als Sieger aus der Wahl hervorging, wie 1986 am Ende der Diktatur.

Mit der Rückkehr Aristides am 15. Oktober war das Ende der drei Jahre dauernden Herrschaft der Militärs besiegelt, das Ende des Terrors, der 3000 Menschen das Leben gekostet hat (vgl. HK, April 1994, 209 ff). Die Operation „Uphold democracy“, mit 20 000 US-amerikanischen Soldaten am 19. September gestartet, war also doch die erfolgreiche letzte Station eines kaum mehr nachzuvollziehenden Schlingerkurses der Clinton-Regierung gegenüber dem kleinen Karibikstaat. Die von vielen befürchtete Neuauflage des Somalia-Desasters blieb aus, die Schergen des vertriebenen Systems konnten an ihrem Rachefeldzug gehindert werden.

In der amerikanischen Öffentlichkeit vollzog sich ein rascher Stimmungswandel: Hatten sich noch im Monat zuvor bei Umfragen gerade einmal 38 Prozent für die Intervention ausgesprochen, waren es Mitte Oktober 55; 57 Prozent glaubten gar, der Versuch, in Haiti die Demokratie wiederherzustellen, werde erfolgreich sein.

Untrüglich waren jedoch die vielen Zeichen für die *Fragilität des Neuanfangs*, ein besonders eindrückliches wohl die schußsichere Glasscheibe, die den zurückgekehrten rechtmäßigen Präsidenten während seiner Ansprache von der ihn euphorisch feiernden Menge trennte. Die Zeit nach dem Abzug der Amerikaner scheint noch unvorstellbar, zu sehr liegt das Land am Boden, seine Strukturen, Institutionen, jede Form von Autorität sind zerstört. Eine ungeheure Last liegt auf den Schultern Aristides, auch wenn für das erste Jahr nach Wiederherstellung der Demokratie rund 555 Millionen Dollar internationaler Hilfe für humanitäre Zwecke, zur Ankurbelung der Wirtschaft und zum Aufbau demokratischer Institutionen zugesagt sind.

Das Mißtrauen, das vor allem politische Kreise in Washington nach wie vor gegenüber Charakter und Kompetenz des ehemaligen Salesianerpaters und Befreiungstheologen hegen, wurde zuvor in die Formel gebracht: „Aristide ohne l'aristidisme“. Jener versucht denn auch mit dem Eifer des Konvertiten, jeden Eindruck, er kehre

zum „aristidisme“ seiner nur acht Monate dauernden „ersten“ Regierungsphase zurück, zu zerstreuen. Dies reicht von dem rein marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsprogramm bis zur Ernennung des als politisch gemäßigt geltenden Geschäftsmannes *Smarck Michel* zum Ministerpräsidenten. Sie wurde als eindeutiges Signal an das Ausland verstanden.

Zentrale Bewährungsprobe und Kernproblem des Zurückgekehrten aber ist eine in den Jahrzehnten abwechselnder Diktaturen gespaltene und polarisierte Gesellschaft. „Versöhnung“ war denn auch die zentrale Botschaft Aristides von der Treppe des Präsidentenpalastes in Port-au-Prince an die Menge, und: Keine Rache, keine Gewalt! Wird aber Aristide verhindern können, daß seine Anhänger spätestens nach Abzug der Amerikaner an ihren Peinigern grausame Rache üben? Realistischerweise zur Zusammenarbeit, zu Kompromissen und Arrangements mit der Elite, vor allem aber der schmalen Mittelschicht des Landes gezwungen, wird er viele der enormen Hoffnungen und auch übersteigerten Erwartungen seiner Anhänger enttäuschen müssen. Damit entsteht erneut ein gefährliches Potential der Instabilität.

Wenig euphorisch zeigte sich die *Haitianische Bischofskonferenz* angesichts der Rückkehr des von ihr immer ungeliebten Aristide. In einem einigermaßen befremdlichen Hirtenwort – veröffentlicht am 7. Oktober (Wortlaut in: *L'Osservatore Romano* vom 13.10.94) – beklagt sie die US-amerikanische Invasion: Haiti sei nun keine freie und souveräne Nation mehr. Die Notwendigkeit der militärischen Intervention wird in Frage gestellt. Hartnäckig bezweifeln die Bischöfe, ob sie wirklich das beste Mittel zur Lösung des Konfliktes gewesen sei. Neben der Mahnung, es könne keine Versöhnung ohne Wahrheit geben, steht die Forderung nach Feindesliebe. Wahre Versöhnung wurzele in Liebe und Vergeben.

Überraschend war die Botschaft nicht, hatte die Bischofskonferenz doch schon in einem Anfang August be-

zeichnenderweise in Rom veröffentlichten Hirten Schreiben die Haiti-Resolution des UN-Sicherheitsrates als „unmoralisch und skandalös“ verurteilt. Grotesk genug beschworen die Bischöfe das Gespenst der Erinnerung an den „Horror der amerikanischen Besatzung“ von 1915 und deren für Haiti verheerende Folgen. Die aktuellen Leiden des Volkes im Jahre 1994, vor allem aber deren Ursachen wurden ausgeblendet.

Konsequent waren die Bischöfe Haitis – eine Ausnahme bildete stets der mehrfach mit dem Tod bedrohte *Willy Romélus*, Bischof von Jérémie – während der drei Jahre bei ihrer innenpolitischen Enthaltensamkeit geblieben. Das internationale Embargo mit seinen furchtbaren Folgen für das arme Volk wurde ebenso wie Gewalt und Terror beklagt, ohne daß jedoch nur einmal die Ursache des ganzen Leides direkt genannt worden wäre. Nie haben die Bischöfe, die mehrheitlich noch zu Zeiten der Duvalier-Diktatur eingesetzt wurden, in diesen drei Jahren die Rückkehr Aristides gefordert.

Im direkten Kontrast zu den „stummen Bischöfen“ standen die vergangenen drei Jahre über kirchliche Orden und ihre Dachorganisationen – vor allem jene Priester und Ordensleute, die vor Ort Zeugen der Terrors von Militär und Polizei waren. Zu deutlichen und mutigen Worten hatte etwa im Mai dieses Jahres die Vollversammlung der Ordensoberen in ihrer Kritik an der Einsetzung der Übergangsregierung Jonassaint gegriffen. Die Präsentation dieser schandbaren Regierung sei ein Staatsstreich innerhalb des Staatsreiches gewesen (*DIAL*, Paris, Nr 1902, 21.7.1994).

Die für mutige und entschiedene Worte ebenso bekannte Konferenz der Ordensleute (*CHR*, *Conférence Haïtienne des Religieux*) hatte am 7. Februar 1994 in einer Erklärung zur „nationalen Versöhnung“ zur Situation des Landes Stellung bezogen (*DIAL*, Paris, Nr. 1850, 24.2.1994). Darin kritisierten die Ordensangehörigen vor allem „die Okkupation der Idee der De-

mokratie durch die Bourgeoisie“, sei sie es doch, die an der organisierten Destabilisierung und dem Chaos in der haitianischen Gesellschaft spezielles Interesse habe. Dort seien auch die eigentlichen Drahtzieher hinter dem Militär zu finden.

Mit diesen völlig gegensätzlichen Positionen und Verhaltensweisen spiegelt sich in der Kirche die zerrüttete und polarisierte Gesellschaft Haitis wider. Wird es Aristide gelingen, auch die wohl weiterhin in stummer Opposition verharrenden Bischöfe in sein „Fest der Versöhnung“ mit einzubeziehen? Und wie wird er erreichen, daß seine Anhänger aus den „Ti Legliz“ (den „kleinen Kirchen“, der linkskatholischen Basisbewegung) ihm darin folgen? Im Februar 1996 soll der kleine charismatische Priesterpräsident sein Amt an einen demokratisch gewählten Nachfolger abgeben – bis dahin liegt eine wahre Herkulesaufgabe vor ihm. fo

Krücken

Die Diskussion um die Frauenquote – jetzt auch in der CDU

Eine Quote „light“ sollte sich die CDU per Grundsatzbeschluß auf ihrem Parteitag Ende November verordnen. Wie kaum anders zu erwarten beim Reizwort „Frauenquotierung“, stieß CDU-Generalsekretär Peter Hintze mit seinem Quotenmodell auf reichlich Entrüstung und Gegenwehr. Also mußte noch einmal etwas verdünnt werden.

Was sich hinter dem verschämten „Quorum“ genannten, komplizierten Konzept verbirgt: Künftig soll bei Wahlen zu Parteiämtern mindestens ein Drittel der Stimmen für Frauen, eines für Männer abgegeben werden. Für das letzte Drittel aber gibt es keine Festlegungen. Damit Frauen quasi automatisch bessere Chancen auf höhere Ränge haben, soll bei Listenvorschlägen zu Mandaten und öffentlichen Ämtern für einen von drei jeweils auf-

einanderfolgenden Listenplätzen eine Frau vorgeschlagen werden. Eingebunden ist das Konzept in eine umfassendere Parteireform zum 50. Geburtstag der CDU im Jahr 1996.

Über den Handlungsbedarf in Sachen Frauenbeteiligung hätte es dabei wohl kaum größerer Debatten bedurft. Neben der Tatsache, daß CDU-Wählerinnen vorwiegend über 60 Jahre alt sind, gibt es, obwohl etwa ein Viertel der 685000 CDU-Mitglieder Frauen sind, beispielsweise nur fünf Prozent weibliche Kreisvorsitzende. Besonders aber die Bilanz nach der Bundestagswahl am 16. Oktober fiel erbärmlich aus: Nur noch 15,2 Prozent der christdemokratischen Bundestagsabgeordneten sind Frauen, Grüne und SPD dagegen waren auf 59,2 beziehungsweise 34,1 Prozent stolz.

Der Blick auf die Konkurrenz alleine jedoch war nicht so überzeugend, als daß der CDU all die Diskussionen erspart geblieben wären, die der Vorschlag einer Frauenquotierung, gleich in welcher Partei, ob in Gewerkschaften, in der Industrie oder im öffentlichen Dienst, regelmäßig provoziert. Sattsam bekannt sind die unvermeidlichen Argumente. Befürworter verweisen unermüdlich auf überreichlich vorhandene Empirie. Umfragen und Studien haben schon unzählige Male gezeigt, daß mit steigender Höhe in den Hierarchien der Frauenanteil rapide sinkt. Und dies gilt mehr oder weniger für alle gesellschaftlichen Institutionen, Gruppierungen und Unternehmen in gleichem Maße. Selbst da, wo Frauen erfolgreich ihren Weg gegangen sind, war dieser ungleich steiniger als der ihrer männlichen Kollegen und Konkurrenten. Erst nach gezielter Frauenförderung sei überhaupt sinnvoll von der grundgesetzlich garantierten Gleichheit zu sprechen.

Zum festen Repertoire der Gegner zählt dagegen die Argumentation mit nur einer Hälfte des Teufelskreises: Wenn sich immer weniger Frauen in der Partei engagieren, lassen sich auch immer weniger Vorstandsposten, immer weniger Mandate mit ihnen besetzen. Überdies, Quotierung und andere

direkte Frauenfördermaßnahmen verstoßen gegen den durch die Verfassung geschützten Gleichheitsgrundsatz.

Das wichtigste und entscheidende Argument gegen die Quote aber ist nicht leicht zu bestreiten: Frauen, die sich unter doppelter Beargwöhnung und Leistungsanforderung verantwortungsvolle Positionen und Schaltstellen erarbeitet haben, verbieten es sich, mit dem Etikett „Alibi-“ oder „Quotenfrau“ disqualifiziert zu werden. Eine Frau auf den Schild zu heben, (nur) weil sie eine Frau ist, sei erniedrigend und beleidigend.

Der Einwand aber verpflichtet zuerst einmal dazu, auf beleidigende Argumente in der Quotendiskussion zu verzichten. Die faktische Unterrepräsentanz von Frauen unter Mandatsträgern, in Leitungs- und Führungspositionen, in maßgeblichen Gremien und Schaltstellen kann unmöglich mit dem tatsächlichen Leistungs- und Qualifizierungsniveau unter Frauen in Zusammenhang stehen. Daß – in einer besseren Welt – primär das Kriterium Qualifizierung entscheidend sein muß, ist mit einer Quotenregel aber keinesfalls bestritten. Ebenso als beleidigend muß es zwangsläufig empfunden werden, wenn der Ruf nach solchen Fördermaßnahmen Teil der Imagekampagne einer Partei ist, wenn nur die (männliche) Angst um Wählerinnenstimmen als frauenpolitische Ratgeberin fungiert.

Jedesmal aber wird vor allem die Quotenregelung bestritten und bekämpft, so als wären ihre Verfechter und Verfechterinnen der unerschütterlichen Überzeugung, mit ihr schon den Vorhof des „Gleichberechtigungshimmels“ erreicht zu haben. Aber wer behauptet denn schon, daß Quoten unproblematisch, womöglich zum Nulltarif zu haben sind? Gerade in der Parteienlandschaft ist doch zur Genüge bekannt, wie hinderlich diese sein können: die Selbständigen-, die Beamten-, die Handwerker-, die Arbeitnehmer- und Unternehmerquoten, der Proporz nach Konfession und Region. Warum jedoch nur bei den Frauen soviel Widerstand?